

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Nein zur staatlichen Medienförderung

2

35 Jahre Wahrung der Unabhängigkeit

14

Freiheit und Wohlstand dank Demokratie

17



Referendum gegen staatliche Medienförderung – ein Kernanliegen aus liberaler Sicht

Staatsabhängige Medien gefährden die Demokratie

von Nationalrat Gregor Rutz, Zürich*

Im Juni haben National- und Ständerat ein neues Medienförderungsgesetz verabschiedet. Dieses sieht staatliche Subventionen von jährlich fast 300 Mio. Franken an diverse Medien vor. Neu sollen sogar Online-Portale direkt unterstützt werden. Solche Geldflüsse führen zu gefährlichen Abhängigkeiten. Aus diesem Grund hat ein überparteiliches Parlamentarierkomitee beschlossen, das Referendum zu unterstützen.



Über ein Jahr diskutierte das Parlament die neue Medienförderungsvorlage – für die zuvor nicht einmal ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt worden war. Das sogenannte «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» bringt einen Paradigma-Wechsel mit sich: Neben dem Gebührensplitting und der indirekten Presseförderung will man nun schrittweise zu einer direkten Medienförderung übergehen.

Das Gebührensplitting wurde mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz eingeführt. Seit gut fünfzehn Jahren erhalten private Radio- und TV-Stationen ebenfalls Geld aus dem Gebührentopf. Der aktuelle Betrag von 81 Mio. Franken entspricht zwar nur sechs Prozent der gesamten Gebührenerträge – aber er reicht zur Schaffung von finanziellen Abhängigkeiten. Mit der indirekten Presseförderung wiederum werden die Zustelltaxen für Zeitungen verbilligt. Derzeit zahlt der Bund 50 Mio. Franken für abonnierte Zeitungen und Zeitschriften sowie für die Vereins- und Stiftungspresse. Diese Beträge sollen insgesamt um über 100 Mio. Franken erhöht werden. Eine gefährliche Entwicklung. Noch störender sind aber die geplanten neuen Subventionen für den Online-Bereich.

Umstrittene Förderung von Online-Medien

Die geplanten Subventionen im Online-Bereich waren im Parlament höchst umstritten. Nach bislang einhelliger Ansicht hat der Bund nämlich keine Zuständigkeit für direkte Medienförderung und die Regulierung des Internets. Laut Art. 93 BV besteht nur für Radio und Fernsehen eine Gesetzgebungskompetenz. Grund für diese Bestimmung war, dass man auch in entlegenen Regionen eine Grundversorgung mit Radio- und TV-Programmen sicherstellen wollte – in einer Zeit, wo es noch kein Internet gab. Das Internet selber ist jedoch nicht erwähnt – weil es damals noch gar nicht existierte.

Die Mechanik unserer Verfassung ist klar: Der Bund ist nur für jene Bereiche zuständig, für die er explizit von Volk und Ständen als kompetent erklärt worden ist. Die Kompetenzen des Bundes werden sodann nicht generell umschrieben, sondern durch Einzelermächtigungen klar definiert. Auffang-Tatbestände sind unserer Verfassung fremd. Darum ist es falsch und verfassungswidrig, wenn der Bund nun plötzlich auch den Online-Bereich regeln will.

Rundumversorgung statt Grundversorgung

Ein Eingreifen des Bundes ist auch nicht nötig. In einer Marktwirtschaft gilt stets: Der Staat soll nicht ohne Not in funktionierende Marktbereiche eingreifen. Was Private erbringen können, soll ihnen überlassen werden. Auch die Wettbewerbskommission hielt 2016 fest,

**Murmeltiersalbe
von Exmonte**
– Preis-Leistungs-Sieger

exmonte@bluewin.ch
www.exmonte.ch
062 875 27 40

roletto 
BIKES & SPORT AG
**Das grösste Bike-Center
weit und breit**

- Reparaturannahme aller Marken
- Riesengrosse Auswahl
- Velo Bekleidung ab Fr. 20.–
- Textilstickerei – Tel. 044 784 80 67

Stark auf E-Bikes

8834 Schindellegi • Tel. 044 784 80 80 • www.roletto.ch

dass sich aus unserer Wirtschaftsverfassung klare «Grenzen eines öffentlich finanzierten Angebots» ergeben, indem «grundsätzlich der Markt zu spielen hat» und sich staatliche Eingriffe nur dann rechtfertigen, wenn sie zur Erreichung eines bestimmten Ziels «effektiv notwendig sind». Der Service public, so die Wettbewerbskommission, sei «nicht ein eigenes Angebot, welches sich im Markt gegen die Privaten behaupten muss, sondern eine Ergänzung des bestehenden Marktangebots». Klare Worte.

Da im Online-Bereich kein Marktversagen herrscht, sondern vielmehr eine beachtliche Angebotsvielfalt, sind staatliche Interventionen falsch. Es ist gefährlich, den Service public auf immer mehr Bereiche auszuweiten: So geht es zunehmend nicht mehr um eine staatliche Grundversorgung, sondern um staatliche Rundumversorgung.

Einseitige Bevorzugung gewisser Unternehmensmodelle

Mit flächendeckenden Subventionen gibt es bald keine Medienanbieter mehr, die keine Staatsgelder erhalten. Alles wird staatlich finanziert: Neben indirekter Presseförderung, Gebührensplitting für private Radio- und TV-Stationen sowie Subventionen für Nachrichtenagenturen kommt nun die direkte Medienförderung im Online-Bereich. Mit solchen Subventionen züchten

LACHEN VERBOTEN!



Bin ich noch ein Zürcher? (III)

Ich bin gegen den Gender-Wahnsinn.

Ich bin gegen Giesskannen-Subventionen.

Ich bin für tiefere Steuern.

Ich bin ein Freund des Gewerbes.

Ich will Zürich als Wirtschaftsmotor erhalten.

Ich will keine link-grüne Monokultur.

Bin ich noch ein Zürcher?

(zugesandt von René Hildbrand)

wir Unternehmen heran, die nicht überlebensfähig sind und nie auf eigenen Füßen stehen können. Eine funktionierende Medienvielfalt jedoch setzt inhaltliche, finanzielle und wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Staat voraus.

Das neue Medienförderungspaket kultiviert zudem eine falsche und verzerrte Optik der Medienlandschaft: Staatlich finanzierte oder geförderte Angebote werden als qualitativ höherwertig angesehen, während private Initiativen als kommerziell motiviert – und damit qualitativ ungenügend – abgetan werden.

Fortsetzung auf Seite 5

Gestern Krieger – heute Bittsteller

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Mit dieser Begründung werden immer neue Subventionen gesprochen und immer mehr Bereiche reguliert. Eine gefährliche Falscheinschätzung.

Staatliches Gütesiegel für «gute Medien»?

Direkte Förderung läuft darauf hinaus, dass der Staat entscheiden muss, was förderungswürdig ist und was nicht. EMEK-Präsident Otfried Jarren schlug vor einigen Jahren ein eigenes Label für Online-Portale vor, um journalistische Inhalte besser erkennbar zu machen. Er meinte, in vielen anderen Branchen seien «Zertifizierungen üblich» und gleichsam eine Voraussetzung für den Erhalt öffentlicher Subventionen. Zudem können sich die Nutzer so «darauf verlassen, dass die Regeln guter journalistischer Arbeit eingehalten wurden». Fazit: Der Staat soll die Medien kontrollieren. Dies sagt nicht irgendjemand, sondern der Präsident der EMEK.

Fazit: Wer den freien Austausch von Meinungen bevorzugt und nicht möchte, dass der Staat entscheidet, welches Medium korrekt berichtet und welches Medium das staatliche Gütesiegel nicht verdient hat – der tut gut daran, das vorliegende Referendum zu unterzeichnen.

Gregor Rutz

* Der Autor ist Mitglied der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats sowie der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen.

Churz & Bündig

Gemäss «SonntagsBlick» (22. August 2021) sei aus Afghanistan keinerlei «Flüchtlingswelle» zu erwarten. Denn die Taliban würden Afghanistans Grenzen hermetisch abschliessen, so dass niemand mehr aus dem Land komme. Hat im «SonntagsBlick» je irgendjemand im äusserst gebirgigen Afghanistan die Grenzverhältnisse untersucht? Wohl kaum! Sonst würde solch unsinnige Schlagzeile kaum in die Zeitung gesetzt. Dem Ringier-Blatt ist zu Afghanistan offenbar nur der Flughafen Kabul bekannt.

us



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
 Inserate-Akquise
 SVP-Delegierter
 AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
 markus.rezzonico@dietschi.ch

Larifari



Bezüglich Intensivpflegebetten stünden die Spitäler bereits wieder am Anschlag. In den Sommerferien hätten sich allzu Viele im Ausland offensichtlicher Sorglosigkeit überlassen. So kehre Corona zurück.

In der Schweiz gilt die Selbstverantwortung – Zwillingschwester der Freiheit. Wer sich – trotz vielfältiger Warnung – im Ausland geimpft oder ungeimpft fahrlässig in Ansteckungsherde stürzt, ist sich selbst gegenüber verantwortlich, auch bezüglich möglicher Folgen. Und zwar dort, wo er sich sorglosem Larifari hingegeben hat. Die Schweiz, Schweizer Spitäler, Schweizer Intensivstationen sind davon nicht automatisch betroffen.

Wir kritisieren oder diffamieren nicht diejenigen, die in Scharen zum Festen nach Kosovo gezogen sind – sofern sie die Konsequenzen selbstverantwortlich auf sich nehmen. Scharf aber kritisieren wir diejenigen, die ihrer Lust am Einsperren und Gängeln aller Hiesigen hemmungslos frönen, von Grenzkontrolle aber stur nichts wissen wollen.

Spalte rechts

Übers vergangene Jahresende hat Pflegepersonal aus dem Kosovo – unverständliche Reisefreiheit nutzend – Corona mit schwerwiegenden Folgen in Seniorenheime eingeschleppt. Und erneut lässt der Bund die Landesgrenze völlig offen für Larifari-Touristen aus gleichem Land. Und klagt jetzt über sich füllende Spitäler, was neue Gängelung korrekt handelnder Hiesiger auslöst. Für schützende Polizei-Massnahmen wäre das Justiz- und Polizeidepartement zuständig, bleibt aber tatenlos. Die Chefin, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, tummelt sich lieber an einer EU-Konferenz: Die Aufnahme afghanischer Flüchtlinge ist dort das Thema.

Corona-Angesteckte wurden jetzt auch noch per Flugzeug – auf Kosten hiesiger Steuerzahler – in die Schweiz geholt. Dadurch wurden die Intensivstationen erst recht überlastet. Dafür werden zum Beispiel für Krebskranke Operationstermine verschoben – mit vielleicht schlimmen Folgen. Den Larifari-Touristen aus Kosovo wird obrigkeitlich der Vortritt gesichert.

Wird solches Tatsache, dann verspielt «unsere» Justizministerin den letzten Kredit, den sie bei der Bevölkerung derzeit allenfalls noch genießt.

Ulrich Schlier

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Kern-Familien

Da verkündet unsere Regierung, sie wolle 38 afghanische Mitarbeiter der Schweizer Entwicklungshilfe in unser Land aufnehmen. Und zwar zusammen mit ihren Kern-Familien, was 230 Personen ausmache. Da können Sie ausrechnen, wie gross eine sogenannte Kern-Familie ist. Wie man die Afghanen, die doch jetzt helfen sollten, ihr eigenes Land aufzubauen, in unseren Arbeitsmarkt integrieren kann, weiss nur der Bundesrat. Und das ist erst der Anfang. Schon heute sind die Afghanen zusammen mit den Eritreern die grösste Asylgruppe – und in punkto Sozialhilfe-Abhängigkeit und Kriminalität eine der schwierigsten!

(NR Thomas Matter, «In den Sümpfen von Bern», Episode 155, 25.08.2021)

Schweden

Schweden ist heute das Land mit der zweithöchsten Kriminalität in Europa (hinter der Ukraine), und punkto Schusswaffenkriminalität steht Schweden ganz oben. Inzwischen gibt es vierzig kriminelle Clans, meist aus dem Nahen Osten stammende, mafiamässig organisierte Familienverbände. Im Jahr 2019 erhielten 28'542 Einwanderer aus dem Nahen Osten und aus

Strategie

Welche Strategie muss die Schweiz jetzt im Umgang mit der EU einschlagen?

«Der EU klar sagen, dass ein Institutionelles Abkommen nicht in Frage kommt, denn die Schweiz kann nicht auf ihre Unabhängigkeit verzichten und will nicht das Stimmrecht der schweizerischen Bürgerinnen und Bürger durch die Rechtssetzung der EU ersetzen. Das muss die EU zur Kenntnis nehmen.

Im Weiteren ist von der EU zu verlangen, dass sie die bisher abgeschlossenen bilateralen Verträge einhält. Tut sie dies nicht, muss die Schweiz Gegenmassnahmen ergreifen.

Für neue bilaterale Verträge, die im Interesse von beiden sind, aber keine institutionelle Bindung beinhalten, ist die Schweiz offen.

Kohäsionszahlungen sind an sich zu verwerfen. Gefährlich ist – unabhängig von der finanziellen Belastung –, wenn solche Beträge als Voraussetzung für einen offenen Binnenmarkt bezahlt werden müssen. So etwas gibt es nirgends auf der Welt. Hier muss die Schweiz NEIN sagen und Gegenmassnahmen treffen.»

(SVP-Klartext, Interview Christoph Blocher, 29.07.2021)

Nordafrika die schwedische Staatsangehörigkeit, das entspricht rund zwei Dritteln aller Eingebürgerten.

(Katerina Janouch, in Weltwoche 29/21, 22.07.2021)

Kriegsbeute

«Das Verteidigungsministerium berechnet jetzt die Anzahl der Waffen, die in die Hände der Taliban gefallen sein könnten. Unsere Partner, das afghanische Militär, haben die USA gebeten, ihnen Waffen für den Kampf gegen die Taliban zu liefern», sagte Jake Sullivan, Nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten.

Die Ernte der Taliban wird auf 28 Milliarden Dollar geschätzt.

(Sicherheitspolitische Wochenschau, Fricktaler Offiziersgesellschaft, 28.08.2021)

Merkel-Deutschland

Natürlich kann man in diesem Land immer noch gut leben. Dennoch sprechen viele meiner jüdischen Freunde vom Auswandern. Auch nichtjüdische. Ein Bekannter im Berliner Bezirk Wedding, Vater von zwei Kindern, klagt über die katastrophale Situation in den dortigen Schulen. Die deutschen Kinder seien inzwischen in der Minderzahl, und das Mobbing der türkischen und arabischen Mitschüler gelte auch ihnen, nicht mehr nur den Juden. «Ich weiss nicht, was ich machen soll», sagt er. «Wie es jetzt aussieht, muss ich die Kinder jeden Tag von der Schule abholen, damit ihnen auf dem Heimweg nichts passiert.» Die jüdischen Kinder legen ihren Schulweg oft unter Polizeischutz zurück oder besuchen bewachte jüdische Schulen.

(Chaim Noli, in Cato 5/2021)

«Ehe für alle»

Obwohl die Initianten eine Verfassungsänderung wollten, hat das Parlament diese Forderung ignoriert, um die Hürde des Ständemehrs, welche bei Verfassungsabstimmungen im Gegensatz zu Gesetzesabstimmungen zum Tragen kommt, zu umschiffen. Eine bedenkliche und einem seriösen Parlament unwürdige Unverfrorenheit. Wenn uns nun das Parlament eine Gesetzesvorlage schmackhaft machen will, die im Gegensatz zur Verfassung steht, ist dies ein Angriff auf die Rechtssicherheit. Gerade die Leute, welche permanent vom Rechtsstaat faseln, machen damit aus diesem eine Bananenrepublik, weil letztlich alles so uminterpretiert wird, wie es gerade passt. Dieses Unwesen führt auch dazu, dass Gesetze rückwirkend als gültig erklärt werden. Diese Tendenz müssen wir rigoros stoppen. Wir dürfen unsere Rechtsgrundlagen nicht fahrlässig schänden. Deshalb ist dieses erneute Pfuscherwerk an der Urne abzulehnen.

(Blog Jürg Kaufmann, 30.08.2021)

True Crime «Schweizerzeit»

Paula O.

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Februar 2009: Neonazis schneiden einer Ausländerin mit Rasierklingen SVP-Embleme in die Haut. Diese verliert ihre ungeborenen Zwillinge. Doch es ist alles anders.



Es ist ein kalter Montagabend als Paula O., eine 26-jährige Brasilianerin mit Schweizer Verlobtem, am Bahnhof Stettbach von Neonazis angegriffen wird. Mit Fäusten und Fusstritten schlagen offensichtlich von der Politik der SVP enthemmte Rechtsradikale auf die Juristin ein. Sie zerschneiden mit einer Gillette-

Klinge ihren Körper und ritzen mehrere SVP-Embleme in die Haut der schwangeren Frau. Paula O., so wird die Frau in den Medien genannt, erleidet nach der Tat auf der Toilette eine Fehlgeburt. So jedenfalls die Schilderungen der Frau.

Akkurate Verwundungen

Der herbeigerufenen Polizei kommen allerdings ziemlich schnell Zweifel auf, ob es sich wirklich so zugetragen hat. Und in der Tat wirkt die Schilderung der mit Schnittwunden übersäten Paula O. merkwürdig plakativ, die Verwundungen zu akkurat gezogen. Doch am Tag zuvor ist gegen den Widerstand der SVP die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit beschlossen worden, und so kommt der angebliche brutale Überfall von SVP-Sympathisanten auf eine schwangere Frau wie gerufen, um gegen die Partei zu hetzen. Als Erstes verbreitet das SRG-Unternehmen «swissinfo» die Geschichte auf ihrer Internetplattform, weltweit.



«Die Initialen der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei» wird in den Medien getitelt

«Politisch motivierter Racheakt»

In der Presse wird der Eindruck einer SVP-dominierten, latent fremdenfeindlichen Schweiz vermittelt, deren Behörden und Polizisten nur unwillig gegen rechtsextreme Täter vorgehen würden. Von Fremdenhass und einem politisch motivierten Racheakt – weil die SVP am Tag zuvor eine Ausländerabstimmung verloren hat – ist die Rede. Und das Schweizer Fernsehen fragt den Polizeisprecher in einem Interview: «Glauben Sie der Frau etwa nicht?» Das ist das Stichwort für die

Zürcher Polizeivorsteherin Esther Maurer. Auf einer Pressekonferenz betont sie die humanitäre Tradition des Landes und das «grundsätzlich friedvolle Zusammenleben» zwischen Schweizern und in der Schweiz lebenden Ausländern. Sollte man im Ausland den Eindruck gewinnen, die Schweiz sei ein ausländerfeindliches Land, sei dies bedauerlich, spinnt die SP-Stadträtin scheinheilig das Narrativ der hetzerischen SVP weiter.

Der Traum platzt

Doch der Traum vom monatelangen SVP-Bashing platzt bald: Der Leiter des Instituts für Rechtsmedizin muss nach wenigen Tagen vermelden: «Die Frau war nicht schwanger». Und das «linienartige Muster» der Schnitte auf dem Körper von Paula O. sei auffällig. Manche wirkten «wie nachgezogen». Eine «Selbsthandlung» stehe im Vordergrund. Sprich: Paula O. hat sich die Schnitte selbst zugefügt, es gab keinen Angriff von SVP-Anhängern. Und so wird es schnell still um Paula O. Sie lässt sich stationär in der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich behandeln, und obwohl der bewilligungsfreie Aufenthalt abgelaufen ist, wird sie nicht ausgewiesen, sehr zum Unmut der SVP. Für den vorgetäuschten Neonazi-Angriff wird die Brasilianerin Mitte Dezember 2009 wegen Irreführung der Rechtspflege zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 120 Franken verurteilt.

Die Medien sind untröstlich. Und die SRG hat sich nie für ihre hetzerische Berichterstattung entschuldigt.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Joe Biden verfügt über aussenpolitisches Spitzenkönnen – wie soeben in Afghanistan demonstriert. Das färbt auch auf sein Personal ab. Ob der neue US-Botschafter in der Schweiz, ein Günstling Bidens, etwas von der Schweiz und etwas von Politik versteht, ist Nebensache. Für Biden Hauptsache ist, dass er schwul ist. Eine Ernennung, die Bidens aussenpolitische Kompetenz aufs eindrucklichste dokumentiert.

*

«Ehe für alle»: Liebe könne nicht unterschiedlich behandelt werden. So argumentiert Daniel Jositsch, Ständerat, am 12. Juli 2021 in der NZZ. Gilt das auch für Polygamie? Oder gehören Polygamisten nicht zu «allen»?

us

Leserbriefe

Kinder zur «bestellbaren Ware» degradieren?

Dass sich die LGBTQ+ Szene ausgerechnet des eher konservativen «Ehe-Begriffs» bemächtigen will, mutet ziemlich skuril an, zumal die sinnvollerweise eingeführte «eingetragene Partnerschaft» der Gleichstellung zur Ehe ziemlich nahekommt. Die Initiative will zusätzlich auch die Erlaubnis für Samenspende und Adoption von nicht-eingebrachten sondern neu «gespendeten» oder «eingekauften» Kindern. Die Rechte dieser Kinder, und bei Leihmutterchaft auch ihrer Mütter, sind weder menschenwürdig geregelt noch wirklich geschützt. Nach Skandalen um jenseitige Kinder, Verdingkinder, ausländische Adoptivkinder soll nun recht gedankenlos eine weitere Kategorie von vater- oder mutterlosen Kindern gesetzlich legalisiert werden. Beim Durchwinken der «Ehe für alle» täte man gut daran, sich mit den erweiterten Forderungen und ihren Konsequenzen vertiefter zu befassen und Kinder nicht zur bestellbaren Ware verkommen zu lassen.

Ruth Meisser, Trogen AR

Die Heimatlosen

Im Hinblick auf die Abstimmung «Ehe für alle» vom 26. September 2021 werden wir durch die Medien immer intensiver mit Regenbogenfarben überschüttet. Angefangen hat das Ganze mit einer Attacke auf unsere christlich orientierte Bundesverfassung durch einen ehemaligen Jungsozi. Würde man seinem Aufruf folgen, käme sicher bald ein zweiter Vorschlag aus der gleichen Ecke, wonach der zu christlich unterlegte Text unserer Nationalhymne zu modifizieren und im Sinne eines Kompromisses besser durch die «neutrale Internationale» zu ersetzen sei. Dann sind wahrscheinlich die christlichen Wegkreuze an der Reihe. Schlusspunkt dürfte das Dienstreglement

Gedankensplitter Hans Krause (1)

Grundlagen der schweizerischen Energiepolitik

In der Bundesverfassung steht:

- «Für die Schweizer Energiepolitik setzen sich der Bund, die Kantone und die Gemeinden ein. Ziel ist eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie ein sparsamer und effizienter Energieverbrauch.»
- 1930 wird das Eidg. Amt für Elektrizitätswirtschaft eingerichtet, später auf Erdöl und Erdgas erweitert.
- Mit der Erdölkrise in den Siebzigerjahren wurde klar, dass eine umfassende Energiepolitik nötig ist.
- Schlüsseldatum 1963: Der Bundesrat berät, ob auf konventionell-thermische Kraftwerke verzichtet und unmittelbar auf den Bau von Atomkraftwerken zugesteuert werden soll.

Nein zur «Ehe für alle»!

Der Ehe-Begriff wird entwertet: «Ehe» bezeichnet eine auf christlicher Grundlage entstandene Art der Partnerschaft zwischen einem Mann und einer Frau, die auf Dauer ausgelegt und für Kinder offen ist. Das ist die homosexuelle Partnerschaft nicht.

Die Liebe wird entstellt: In der Ehe ist die Liebe ein fruchtbares sich Schenken und bringt Kinder hervor. In der homosexuellen Verbindung ist dies naturgemäss nicht der Fall. Kinder müssen «beschafft» werden.

Das Kindeswohl wird missachtet: Kinder haben ein Recht auf Vater und Mutter. Die Ausrichtung des Kindes auf beide Geschlechter ermöglicht eine grundlegende und ganzheitliche Erfahrung des Menschseins.

Die Kinder werden in die Homosexualität hinein-gezogen: Bald werden Lehrbücher, Kinderfilme und Märchen so geschrieben, dass sie Werbung für homosexuelle Paare machen. Dadurch werden Kinder aktiv in die Homosexualität hineingezogen.

Der Abstimmungstext ist verfassungswidrig: Zur Abstimmung gelangt eine Änderung im Zivilgesetzbuch (Art. 92 ff. ZGB). Dort soll unter anderem nicht mehr von «Brautleuten» die Rede sein, sondern nur noch von «zwei Personen», die eine Ehe eingehen wollen. Der Ehebegriff in der Bundesverfassung (Art. 14 BV, Materialien!) hingegen garantiert eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau.

Toni Bortoluzzi, a. Nationalrat, Präsident des Vereins Schutzinitiative (info@schutzinitiative.ch)

der Armee sein, in welchem der Schwur der Armeeangehörigen bei einer Mobilmachung durch einen schlichten Vers als Einzeiler auf Papier ersetzt würde. Diese Praxis wäre dann auf alle Behörden übertragbar. Trotz all dieser heimatlosen Gesellen rechne ich aber immer noch mit der Bodenhaftung der Nachfolger vom Rütli Schwur, auch wenn man diesen als Legende etikettieren will.

Dr. Josef Brunner, Oberwil BL

Switzerland? Afrika-Land!

Kürzlich bin ich in Vevey herumspaziert, um einen Videofilm über diese Stadt zu drehen. Schon bevor ich in Vevey aus dem Zug ausgestiegen bin, habe ich einige Afrikaner auf dem Perron gesehen. In den ersten zwanzig Minuten habe ich fünfzig weitere Afrikaner gezählt, und dann habe ich mit dem Zählen aufgehört. Als ich 1965 in die Schweiz gekommen bin, haben die Leute beim Abendessen erzählt: «Heute habe ich in der Stadt einen Afrikaner gesehen.» Im Jahr 2165 werden die zukünftigen Einwohner der Schweiz beim Abendessen erzählen: «Heute habe ich in der Stadt einen Eidgenossen gesehen.» Dieser Bevölkerungsaustausch ist kein Zufall sondern gewollt. Schweizer, die wegen der niedrigen Geburtenrate nicht geboren wurden, werden durch Menschen von anderen Kontinenten ersetzt. Leider schweigen die Medien und die Politiker zu diesem Thema, und die ahnungslosen Stimmbürger weigern sich, mein Buch «Warum die Schweizer aussterben werden» zu lesen.

Dudo Erny, Zug

Hindukusch – adieu

In meinen letzten Kommando-Jahren Ende der 90er-Jahre hatte ich zwei Chefs, bei denen Afghanistan eine grosse Rolle spielte. Mein politischer Vorgesetzter und Bundesrat, wie auch mein militärischer Chef, verkündeten an jeder monatlichen Sitzung der Korpskommandanten ihren Lieblingsspruch: «Meine Herren, die Sicherheit der Schweiz wird am Hindukusch entschieden. Dort müssen wir uns engagieren für unsere eigene Sicherheit.» Wohin der Hindukusch- bzw. Afghanistaneinsatz geführt hat, hat sich jetzt gezeigt. Ich habe seinerzeit immer widersprochen und gefragt, wie man das mit der verfassungsmässigen Neutralität in Einklang bringe. Ich bekam nur zynische Antworten: Man müsse heute mit der Zeit gehen usw. Dass den beiden Herren die Neutralität nicht wichtig war, zeigte sich auch in einem andern Bereich. Der VBS- und der EDA-Chef hatten hinter dem Rücken des Parlaments und des Bundesrates «Partnership for Peace» unterzeichnet, womit sich die Schweiz verpflichtete, anderen Staaten militärisch zu helfen. Neutralität und Verfassung adieu. Es gab eine kurze kritische Debatte zum rechtswidrigen Vorgehen der beiden Bundesräte im Parlament, dann ging man zur Tagesordnung über.

Die Folge dieser Ausland-Euphorie war die Schaffung der Swissscoy bzw. der Swissscoy-Schule in Stans. Sie kosten uns jährlich fünfzig Millionen Franken. Der Einsatz im Kososvo war noch einigermaßen vertretbar, aber mittlerweile haben alle Staaten ihre Kontingente massiv reduziert, mit Ausnahme der Schweiz. Sie hat ihr Kontingent aktuell sogar erhöht, während die Zahl der KFOR-Truppen insgesamt massiv abgenommen hat – von 50'000 (im Jahr 2007) auf 16'000 (2016) und 3'802 (Juni 2021). Warum macht die Schweiz das Gegenteil? Aber eben: Wohin sonst will man die in Stans ausgebildeten Truppen schicken? Wohin, wenn das Mandat im Kosovo zu Ende ist? Etwa in die Kriegsgebiete in Afrika? Ich habe diese Frage schriftlich an Frau Bundesrätin Amherd gestellt.

Simon Kuchler, Korpskommandant aD, Steinen SZ

Den Nagel auf den Kopf getroffen

Der Leitartikel «Der Tod und die Naivität» von Isabel Villalon (SZ 14/2021), trifft den Nagel auf den Kopf. Die Covid-Pandemie ist zwar tatsächlich eine Pandemie – aber eine von Sippenbedeutung, indem die Grosseltern sterben könnten – aber keine von nationalem oder internationalem Stellenwert. Auch die Details in den Mitteilungen von WHO, Bund und Kantonen weisen so viel Abweichungen vom naturwissenschaftlichen Wissen auf, dass es sich in der Tat um eine Strategie der Supermächte handeln könnte. Das Resultat: Volkschina steigt auf, wird in Afrika und Südamerika «fündig», und die Nato-Länder verlieren an Bedeutung. Daher ist es sinnvoll, dass sich die Schweiz aus dem internationalen «Covid-Gladiatorenkampf» herausnimmt, selber fabriziert, was sie kann, und den Zugang zu Rohstoffen im Auge behält. Entscheidend ist auch, dass wir unsere Demokratie in dieser imperialistisch-undemokratischen Epoche bewahren.

Dr. Roman Osusky, Altdorf UR

Zum Eidg. Dank-, Buss- und Betttag vom 19. September 2021**Betttagsmandat 1831, Stadt Bern**

Wir Schultheiss und Rath der Stadt Bern und Republik Bern entbieten allen unsern lieben und getreuen Mitbürgern zu Stadt und Land unsern wohlgeleiteten Willen, und geben ihnen zu vernehmen:

Dass wir nach der frommen Sitte Unserer Väter mit den sämtlichen löblichen Ständen der Eidgenossenschaft einen gemeinschaftlichen Dank-, Buss- und Betttag angesetzt haben auf den 8. Herbstmonat nächstkünftig.

Betet und thut Busse; so ruft Gott durch seinen eingeborenen und geliebten Sohn, dahingegeben zur Vergebung für ein sündiges und undankbares Geschlecht. Und lauter und vernehmlicher dringt heute dieser Ruf zur Busse zu uns, da so viele Ereignisse uns an die Vergänglichkeit alles Irdischen erinnern und unsere Gedanken hinziehen zu dem, der der Menschen Schicksale in seiner Hand hat. Mächtig schwingt der Engel des Todes seine Sichel, und zu Tausenden fallen die Kinder des Staubes dahin, menschliche Weisheit vermochte noch keine Schranken zu setzen der verheerenden Seuche, der Allmächtige einzig wird das Ziel ihr setzen. Zerstörend wüthet die Fackel des Krieges in mehr als einem Lande, und schlägt tausendfältige Wunden denen, die davon heimgesucht werden; die Zwiertacht dringt verderbenbringend durch die Nationen und löst die engen Bande, die für ganze Geschlechter, ja für Jahrhunderte geknüpft waren; ganz Europa wankt und sieht mit Bangigkeit der Zukunft entgegen; wohl sind das Tage, die zur Busse rufen.

Wir flehen zu Gott, dem allmächtigen Schöpfer und Vater, dass er auch uns verzeihe nach seiner Langmuth, uns nicht richte nach unserem Verdienst, sondern nach seiner Gnade, durch unsern Heiland. Wir flehen zu ihm, um seinen Segen für das Land, dem Wir bisher vorgestanden sind.

Gegeben Bern 24. August 1831, Canzley Bern



**Geschenkgutscheine
à Fr. 250.- mit Fr. 50.- Rabatt**

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier

Sensationelle

Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.-)

OCOTEX AG – 041 799 50 00



Hier fehlt ein Bild

Mit List und Tücke gelang es den Kampagnen-Aktivist*innen, das zweifelsfrei erforderliche Ständemehr zur Vorlage «Ehe für ALLE» zu umgehen.

Die heute verbindliche sog. «nachgeführte Bundesverfassung» trägt das Datum vom 18. April 1999. Zum darin festgehaltenen «Recht auf Ehe» wurde gültig festgelegt, was eine Ehe ist: Eine «gesetzlich geordnete Verbindung zweier Personen unterschiedlichen Geschlechts». Ehe beschränkt sich also glasklar auf eine Verbindung zwischen Mann und Frau.

In der Schweiz kann jeder Verfassungsartikel jederzeit – mittels bundesrätlichem Antrag, mittels parlamentarischem Vorstoss, mittels Volksinitiative – erneut zur Diskussion gestellt werden. Wobei als Ergebnis ein Änderungsantrag Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten ist. Damit die Änderung Tatsache wird, müssen ihr Volk (die Mehrheit der Abstimmenden) und Stände (die Mehrheit der Kantone) zustimmen.

Die Befürworter der Ausdehnung der Ehe auf gleichgeschlechtliche Verbindungen zweifeln offensichtlich, ob das Ständemehr für solchen Vorschlag erreichbar sei. Aber sie fanden einen Dreh, eine eindeutige Verfassungsänderung am Ständemehr vorbeizuschmuggeln – wobei der Zürcher Ständerat und Jurist Daniel Jositsch als Erfinder des Umgehungsmanövers gilt. Unter seiner Anleitung behauptet heute das Ja-Komitee, es gehe bloss um eine «zeitgemässe Interpretation» des geltenden Verfassungstextes. So, als hätten die damaligen Verfassungsgestalter, geistig etwas zurückgeblieben, zum Ehebegriff die Gleichgeschlechtlichen einfach vergessen, selbstverständlich aber doch mitgemeint.

Das ist – konsultiert man die Protokolle der damaligen Beratungen – nichts anderes als eine klar wahrheitswidrige Unterstellung. Die angeblich «zeitgemässe Neuinterpretation» steht auch klar im Widerspruch zum damaligen, vom Bundesrat verfassten Abstimmungsbüchlein.

Wer, wie jetzt die Ehe-für-ALLE-Propagandisten, die Verfassung einmal biegt, wird er sie nicht immer wieder biegen, wenn er sich zu «zeitgemässer Interpretation» hingerissen fühlt?

Ist das auch der Grund dafür, dass die Abstimmungsvorlage einen Titel trägt, der ihrem Inhalt gar nicht ent-

Das in der Vergangenheit mehrfach in verschiedenen Medien erschienene Bild, dessen Abdruck Unicef als Eigentümerin der Bildrechte hier in der «Schweizerzeit» zu veröffentlichen nicht gestattet, zeigt einen alten, bärtigen Muslim, dem soeben eine vielleicht zehn- bis zwölfjährige Frau angetraut worden ist, welche ihren «neuen Ehegatten» von der Seite kritisch-fragend-skeptisch mustert.

spricht? Die Vorlage will gleichgeschlechtlichen Paaren, aber nicht einfach «ALLEN» die Ehe ermöglichen.

Was, wenn in ein paar Jahren Muslime hier in der Schweiz darauf pochen, dass der Besitz mehrerer Ehefrauen, dass die Heirat auch minderjähriger Mädchen dem Mann gemäss ihrer Kultur absolut gestattet sei? Dass die muslimische Kultur diskriminiert würde, wenn nicht auch den Muslimen Mehrfachheirat und die Heirat Minderjähriger gestattet würde. Ihrer Kultur treue Muslime gehörten auch zu «ALLEN», denen das Recht auf Ehe zustehe.

Längst hat die hiesige Classe politique festgelegt, dass die Kultur Eingewanderter zu respektieren sei. Wir sind deshalb sicher, dass via «zeitgemässer Interpretation», mit der jetzt das Ständemehr verfassungswidrig umgangen wird, nach einigem Hin und Her auch die Vielfrauen-Ehe und die Verheiratung Minderjähriger gemäss muslimischer Kultur gefordert wird – und dass die heutigen Verleugner des Ständemehrs erneut klein beigeben werden.

Das muss wissen, wer der Vorlage «Ehe für ALLE» zustimmen will.

Was kommt da auf Europa zu?



Amerika ist von den Taliban bis auf die Knochen blamiert. Nichts Neues. Schon einmal musste man vor nordvietnamesischen Reisbauern fliehen.

Die hochgerüsteten US- und Nato-Militärkräfte erkannten nach Expertendarlegung jahrelang nicht, dass das afghanische Militär trotz westlichem Milliarden-Support weder willens noch fähig war, das eigene Land vor den Taliban zu schützen. Die am Hindukusch engagierten internationalen Streitkräfte verkannten die Lage und reagierten nicht darauf, dass immer mehr afghanische Soldaten bei direkter bewaffneter Konfrontation reihenweise zum Gegner überliefen.

Das Debakel ist nun ein totales: Die Nato und Amerika müssen sich von den Taliban die Erlaubnis erbetteln, eigene Leute ausfliegen zu dürfen. Und wohin? US-General David Petraeus, ehemaliger Truppenkommandant in Afghanistan, spricht von «Millionen Afghanen, die Europa ansteuern». Noch-Bundeskanzlerin Angela Merkel, unbeeindruckt vom Flüchtlings-Desaster 2015, öffnet in gewohnt vorschneller Manier Mund, Herz und Grenzen: «Deutschland ist willens, 10'000 Afghanen aufzunehmen.» Bedenkt sie aber auch die Konsequenzen für Land und Leute und für europäische Nachbarländer?

Zwar schwört zurzeit die Führungsriege der Taliban mit scheelem Blick auf künftige Zahlungen des Westens, ihre frühere Doktrin abgelegt zu haben. Ein Narr, wer dies glaubt! Was ihr neuer starker Mann, Mullah Abdul Baradar wirklich vorhat, umreisst er in öffentlichen Erklärungen: «Die Frauenrechte nach Muster des Westens werden nicht eingeführt, sie führen zu anti-islamischen Werten und sittlichem Verfall. Auch die Scharia bleibt.»

Die Taliban streben nach Eigenbekunden eine Ideologie des puristischen Islam nach Vorbild des Propheten Mohammed an – also, zurück in die Steinzeit! Weiss Frau Merkel in ihrer wiedererwachten «Open door-Mentalität», dass nach Europa geholte Afghanen vorgenannter Ideologie folgen und danach handeln werden? In Österreich werden zehn Prozent der eingewanderten Afghanen straffällig; sie stellen die höchste Straftäterquote aller Ethnien.

Da nun aber die Afghanen auf Platz zwei der Einwanderer vorgerückt sind, beantwortet sich die eingangs gestellte Titelfrage von selbst. Randnotiz: 37 Prozent der hierzulande lebenden Erwachsenen haben Migrationshintergrund – neue Höchstmarke.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



Das Büro Ha deckt auf!



Kein Vorstellungsvermögen: Am Tag Drei nach der Hölle von Kabul sind auf den hiesigen Frontseiten der Ahnungslosen-Medien so weltbewegende Themen wie die angebliche 4. Welle, Comedy-Stars usw. abgedruckt – aber weder Hintergrundinfos noch Frontberichte. Dazu reicht der geografische und geistige Horizont nicht. Man hätte einen der seltenen Afghanistan-Kenner im Lande (Professor Stahel) zu Wort kommen lassen können. Und es gibt in der Schweiz knapp eine Hand voll Offiziere, die mit der Bundeswehr in Afghanistan (Masar-i-Sharif) im Einsatz standen. Sie könnten den staunenden Vorstellungslosen entsetzliche Wahrheiten vom Hindukusch ins Mikrofon husten. Die Absolventen der Ringier-Medienschule würden vor Entsetzen vom Stuhl fallen. Ihr Wissen, Vorstellungsvermögen, Interesse und Verständnis reicht nur knapp bis zum Hallwilersee.

*

Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts durften im Kanton Aargau Junggesellen nur heiraten, wenn sie im Besitz eines Gewehres waren. Notabene selbst zu berappen und selbst für Blei und Pulver besorgt zu sein. Das war Selbstverständlichkeit für Jedermann und «Jedefrau». Keine Vergleiche zu heute, aber ein Zitat von Markus Somm: «... die Handwerker, Bauern, Händler und Pat-

rizier konnten mit Waffen umgehen. Jeder konnte sich mit der eigenen Waffe wehren. Deshalb kamen die herrschenden Kreise nur sehr selten auf dumme Gedanken.»

*

«Terra Cognita» ist eine (linkslastige) Zeitschrift des Bundes, verantwortlich ist die Eidg. Migrationskommission. In der Nr. 37 kann ein Autor seiner ideologischen Gesinnung Ausdruck verleihen. Kernaussage ist, dass die Migranten besonders unter der «Pandemie» zu leiden hätten und wir schuld sind. Ein übler Beitrag. Weitere Zeilen sind Platzverschwendung. Der Autor heisst (ja richtig, der ist es...!) Flurin Condrau. Noch Fragen? Und alles vom Steuerzahler bezahlt.

Tis Hagmann



ZANETTI

CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08

Telefax 081 844 10 20

Mail: info@zanettispecialita.ch

www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur

(nur 1 Minute vom

Billettschalter entfernt)

Telefon 081 253 60 60



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Weil das Kindeswohl zählt!

Die Lobby der LGBT (Nichtheterosexuelle) überzieht die Schweiz dieser Tage mit einer teuren, regenbogenfarbenen Propagandawalze. In diesem aufgeheizten Klima findet am 26. September die Volksabstimmung über die «Ehe für alle» und den Zugang zur Samenspende für lesbische Paare statt.

Auch wenn der Zeitgeist in eine andere, völlig falsche Richtung weht: Die EDU steht zur Familie und zum christlichen Erbe der Schweiz. Kinder haben ein Anrecht, mit Mutter und Vater aufzuwachsen. Darum stehen wir entschieden für ein «NEIN zur Ehe für alle» ein. Bitte unterstützen Sie uns in diesem wichtigen Abstimmungskampf.

Darum NEIN stimmen:

Ehe und Familie sind eng miteinander verknüpft. Nur die Verbindung von Mann und Frau hat aus sich heraus die Fähigkeit zur Weitergabe des Lebens. Deshalb ist sie als zentraler Eckpfeiler von Gesellschaft und Staat zu schützen.

Das Recht, seine beiden biologischen Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden, bleibt den Kindern bis zum 18. Lebensjahr grundsätzlich verwehrt. Dabei ist die Verwurzelung in der Ursprungsfamilie für die kindliche Identitätsbildung zentral.

Schaffen wir mit der «Ehe für alle» erst einmal für lesbische Paare einen «Anspruch auf Kinder», können sich künftig auch weitere Gruppen (Alleinstehende, schwule Paare) auf ihren unerfüllten

Kinderwunsch berufen. Bald dürften Forderungen nach der Eizellenspende und der ethisch inakzeptablen Leihmutterchaft folgen. Das Kind wird zur Ware, die Frau zur «käuflichen Gebärmaschine» degradiert.

Die «Ehe für alle» verstösst gegen die Bundesverfassung. Bis anhin war es selbstverständlich, dass unter einer Ehe die Verbindung von Mann und Frau verstanden wurde. Art. 119 BV erlaubt die medizinisch unterstützte Fortpflanzung zudem auch heterosexuellen Paaren nur bei Unfruchtbarkeit oder der Gefahr einer schweren Krankheit. Nun soll die Samenspende vom Ausnahmefall zum Regelfall werden – ohne dass die Bundesverfassung geändert wird.



Ehe für alle führt zu gesetzlicher Vaterlosigkeit.
Darum am 26. September: NEIN!

In der Auseinandersetzung um die «Ehe für alle» – wahrlich ein Kampf «David gegen Goliath» – sind wir auf jede Hilfe angewiesen. Bitte unterstützen Sie unsere Kampagne. Verteilen Sie unsere Flyer, hängen Sie Plakate auf, schreiben Sie Leserbriefe oder unterstützen Sie uns finanziell. ➔ [Alle Infos unter www.ehefueralle-nein.ch/mitmachen](http://www.ehefueralle-nein.ch/mitmachen)

Kontoverbindung des Abstimmungskomitees:

Postfinance, PC-Konto: 15-626593-5
IBAN: CH08 0900 0000 1562 6593 5
Zu Gunsten von: Trägerverein
«Nein zur Ehe für alle», 6017 Ruswil

Afghanistan

Der Flüchtlingsstatus und das Geld

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Derzeit ist die Lage in Afghanistan völlig unübersichtlich, und wer in der jetzigen Situation für sich in Anspruch nimmt, das Idealrezept für die Lösung dieser Probleme zu kennen, der ist ein Phantast.



Und so ist es auch reine politische Provokation, wenn Vertreter der SP, wie zum Beispiel der Zürcher SP-Nationalrat Fabian Molina, zur «Problembewältigung» fordert, dass die Schweiz unverzüglich 10'000 Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen müsse. Erstens müssen wir rein gar nichts – zudem wird auch nicht weiter erläutert, wie es zu dieser Zahl kam.

Es gilt die Genfer Flüchtlingskonvention

An dieser Stelle sei in Erinnerung gerufen, was in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehalten wird, und das gilt auch für Menschen aus Afghanistan: Flüchtlinge im Sinne der Konvention sind Menschen, die verfolgt werden wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder aus politischer Überzeugung. Der ganze Rest sind Wirtschaftsmigranten auf der Suche nach einem besseren Leben.

Aktuell halten sich nach Information des Staatssekretariates für Migration 21'000 Afghaninnen und Afghanen in der Schweiz auf. Gemäss linker Lesart sind diese Menschen aus dem Land geflüchtet, weil sie offenbar von der ehemaligen Regierung und ihren Häschern verfolgt wurden. Jetzt ist aber diese Regierung gestürzt, und ihr Präsident Ashraf Ghani hat sich in die Vereinigten Arabischen Emirate abgesetzt. Somit besteht für die hier lebenden Afghanen keine Gefahr mehr, und deshalb sollten diese zügig in ihre Heimat zurückkehren. Somit wäre die von Herrn Molina geforderte Aufnahme von 10'000 Flüchtlingen gar kein schlechter Deal, weil sich dadurch die Anzahl Afghanen hierzulande um 11'000 Menschen verringern würde.

Konflikte und Bürgerkrieg importieren?

Wir wissen natürlich alle, dass dies niemals der Fall sein wird. Im Endeffekt werden es 31'000 sein, bzw. nach einem Familiennachzug mit Sicherheit eine noch weitaus höhere Zahl. Schliesslich besteht die erhebliche Gefahr, dass innerafghanische Konflikte hierzulande ausgetragen werden. Bereits kursieren Vorwürfe von IS-Sympathisanten in den Sozialen Medien, welche den Taliban die falsche Auslegung der Scharia vorwerfen. Zudem könnten sich gewisse muslimische Extremisten vom Erfolg der Taliban bei ihren Radikalisierungstendenzen animiert fühlen. Eine brandgefährliche Mischung mit dem Potential eines Flächenbrandes in vielen nicht-muslimischen Ländern.

Verschwundene Hilfsgelder

Nun zum lieben Geld: Es hat sich eindrücklich gezeigt, dass es auch während zwanzig Jahren nicht gelungen ist, in einem Land wie Afghanistan der Bevölkerung Frieden, Demokratie und Lebensweise nach westlichem Muster zu installieren. Das zeigen auch die gewaltigen Summen an Hilfsgeldern, welche in dubiosen Kanälen verschwunden sind und über weite Strecken die bedürftige Bevölkerung nicht erreicht haben. Das dürfte auch der Grund sein, dass heute noch 75 Prozent der Afghaninnen und Afghanen unter der Armutsgrenze leben. Auch die Schweiz war im fernen Land am Hindukusch ein gern gesehener Spender. So hat das EDA über die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in den vergangenen zwanzig Jahren 500 Millionen Franken Hilfs- und Entwicklungsgelder ins Land gepumpt. Wer bei solchen Zahlungen an die Finanzierung von Infrastrukturanlagen oder den Bau von Schulen und Spitälern denkt, wird bei genauer Betrachtungsweise schnell eines Besseren belehrt. So wurden unsere Steuergelder auch verbraten für Skateboard-Projekte, für die Förderung von Künstlern, Musikern und Schriftstellern oder zur Etablierung von Gerichtshöfen mit dem Spezialgebiet «Gewalt gegen Frauen».

In einem dermassen vom Patriarchat dominierten Land muss jemand sehr verblendet sein, der für die Einrichtung solcher Gerichte Gelder spricht, wobei sich diese Finanzierung nahtlos in die Zahlung der zwei Millionen Euro aus Deutschland einreicht, welche zum «Gender-Mainstreaming» nach Kabul überwiesen wurden. Mit dem Einmarsch der Taliban sollte unser Engagement – oder besser gesagt Abenteuer – in Afghanistan schnellstens beendet werden.

Markus Melzl

«Das aktuelle Zitat»

Die Volksrepublik China ist ein von der Kommunistischen Partei (KPCh) allein geregelter Parteistaat. Was hinter den Kulissen passiert, bleibt der Welt meist verborgen. Die KPCh neigt dazu, wie etwa zu Beginn der Pandemie, Fakten zu verschleiern, Zahlen zu beschönigen und zu Aktionismus zu greifen – um vor der eigenen Bevölkerung und den Augen der Welt besser dazustehen, als es die realen Verhältnisse eigentlich zulassen. Ob kürzlich in Wuhan wirklich Millionen von Menschen getestet wurden und nur 37 symptomatische Fälle aufgetaucht sind, ist nicht mehr als eine Behauptung, die sich nicht überprüfen lässt.

Maximilian Kalkhof, China-Korrespondent der WeltN24 GmbH, in der «Welt» am 10.8.2021

Nicht nur kämpfen, sondern gewinnen!

35 Jahre Wahrung der Unabhängigkeit: Wie weiter?

von alt Bundesrat Christoph Blocher, Herrliberg ZH



Liebe Frauen und Männer! Am 16. März 1986 haben die Stimmbürger mit 75,7 Prozent sowie sämtliche Kantone Nein zum Beitritt zur politischen Uno gesagt. Dies, obwohl Bundesrat, Parlament und fast alle Parteien für den Beitritt waren. Im Vorfeld dieser Uno-Abstimmung hatte ich ein «Schweizerisches Aktionskomitee gegen

den Uno-Beitritt» gegründet, gemeinsam mit dem Nidwaldner CVP-Nationalrat Joseph Iten, dem Walliser CVP-Ständerat Guy Genoud, dem liberalen Waadtländer Ständerat Hubert Raymond und den alt Nationalräten Otto Fischer (FDP/BE) und Heinrich Schalcher (EVP/ZH). Der erfahrene, grundsatztreue Gewerbeverbanddirektor Fischer erklärte sich bereit, den eigentlichen Wahlkampf zu führen, wenn ich das Präsidium übernehme. So konstituierten wir uns, führten den Kampf mit kleinen, prägnanten Inseraten – und gewannen! Gegen eine schweizerische Mitwirkung an den humanitären und kulturellen Unterorganisationen hatten wir nichts einzuwenden; sie hatte ja auch schon eine jahrzehntelange Tradition. Die politische Uno und erst recht der Uno-Sicherheitsrat – als Entscheidungsinstanz über Krieg und Frieden – widersprachen jedoch unserer bewaffneten Neutralität.

In der Erkenntnis, dass die Erhaltung der bewaffneten Neutralität und die Wahrung der schweizerischen

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) hat am 28. August 2021 in der Mehrzweckhalle Kaserne Bern eine Polittagung zum Thema «Souveränität» mit namhaften Referenten durchgeführt. Alt Bundesrat Christoph Blocher und alt Nationalrat Christoph Mörgeli haben die für unser Land zentrale Staatssäule aus schweizerischer Sicht gewürdigt. Der bekannte Buchautor und Journalist Thilo Sarrazin, sowie Frauke Petri, ehem. Vorsitzende der AfD, aus deutscher Sicht. Wir veröffentlichen die (gekürzten) Referate in der heutigen und in der nächsten «Schweizerzeit».

Unabhängigkeit von zentraler Bedeutung für unser Land ist, kamen wir überein, eine «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» – abgekürzt Auns – zu gründen. So verbreiteten wir am 30. Juli 1986 das folgende Communiqué: «Die vom Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher präsierte Organisation nennt als ihre Hauptaufgabe die Überwachung der Aussenpolitik des Bundes im Sinne eines aktiven Einsatzes zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit. Sie will Aktivismus in der Aussenpolitik und unnötige internationale Engagements verhindern.»

Die Auns war dringend nötig, denn im Abstimmungskampf gegen den Uno-Beitritt hatten wir gemerkt, dass neben den Linken – die Grünen waren noch kaum existent – auch zahlreiche Bürgerliche nicht mehr zu den Schweizer Staatssäulen standen. Das spürte man erst recht, als 1989 der osteuropäische Kommunismus zusammenbrach; der Eiserne Vorhang und der Kalte Krieg waren plötzlich Geschichte. Naivität und Friedenseuphorie breiteten sich aus. Globalisierung, Grössenwahn und

GOAL GLOSSAR

Q ▶ Provokation

Provokation

<lat.> provocare (pro = hervor; vocare = rufen)

Herausforderung; Aufreizung; Brüskierung

Kampagnen, die bei der Zielgruppe keine Reaktion «hervorrufen», sind rausgeschmissenes Geld.

Wir möchten die uns anvertrauten Werbebudgets möglichst erfolgreich einsetzen. Deshalb gestalten wir Kampagnen, die provokativ sind!

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@ggoal.ch, www.ggoal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Abgehobenheit triumphierten. Landesgrenzen, Landesverteidigung und Unabhängigkeit wurden verspottet, der Internationalismus war jetzt Trumpf.

«Aufbruch Richtung Europa»

Die neue Grenzenlosigkeit mitsamt der Verwischung von Verantwortung gefiel vor allem den Politikern und den Regierenden. Ich erschrak, als 1991 anlässlich der 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft am 1. August der damalige freisinnige Nationalratspräsident auf dem Rütli vom Aufbruch Richtung Europa schwärmte. Der Präsident der Zürcher Handelskammer meinte gar, die Schweiz müsse aufpassen, dass sie nicht vom «Sonderfall zum Sonderling» werde. Bei der Weltausstellung in Sevilla stand über dem Schweizer Pavillon «La Suisse n'existe pas».

So sank das von der Bundesverfassung festgehaltene Credo des selbständigen, dauernd bewaffneten, neutralen, direkt-demokratischen Land in den Sumpf bequemer und verlotterter Handlungen. In dieser verwahrlosten, sogar pubertären Stimmung war mutiges Gegensteuern durch realistische, der Wirklichkeit verpflichtete Politiker dringend nötig.

Ernstfall EWR

Der Ernstfall für die Auns kam früher als erwartet: Der Bundesrat und die ganze Classe politique entschieden 1991/92, dass die Schweiz den Vertrag zum Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) unterzeichnen müsse. Wir hatten einen – anfänglich fast hoffnungslosen – Abstimmungskampf zu führen. Längst hatte sich in der Auns die Spreu vom Weizen getrennt. Denn wir bekämpften eine Parlamentsreform, die das Berufsparlament gefördert hätte und eine erhebliche Erhöhung der Parlamentarierentschädigungen vorsah. Etliche Parlamentarier von der Auns zogen sich deshalb aus dem Vorstand zurück. Ihr Portemonnaie als faktische Berufspolitiker war ihnen wichtiger als die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz.

6. Dezember 1992: Verhinderter EWR/EU-Beitritt

Der Kampf gegen den Beitritt der Schweiz zum EWR wurde zur bislang grössten Bewährungsprobe für die Auns. Schon dieser EWR-Vertrag war ein Knebelvertrag für die Schweiz. Aber ein Ja hätte zudem wenig später den EU-Beitritt bedeutet. Der Bundesrat hat damals nämlich wörtlich festgehalten: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz spielte in diesem Abstimmungskampf die entscheidende Rolle. Sie leistete nicht nur Widerstand, sie führte den Kampf an. Denn es war der Auns wohlbewusst, dass es sich beim EWR um einen Kolonialvertrag handelte: Eine fremde Macht – die EU, damals noch EG genannt – sollte künftig bestimmen und Recht setzen. Es ging um fremdes Recht und fremde Richter.

«Alles, was Rang und Namen hat»

Die Befürworter wiegten sich bis zum Herbst 1992 in Sicherheit, weil fast alle Parteien und die Wirtschaftsverbände die Ja-Parole beschlossen hatten. «Alle gegen Blocher», titelte die Zeitschrift «Cash». Da sei «alles vertreten, was in der Schweiz Rang und Namen hat». Und weiter spottete die Zeitschrift «Cash»: «Ausser Christoph Blocher und seine Mannen natürlich, die sich im gegnerischen Sammelbecken der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) zusammengeschlossen haben.»

Meine Damen und Herren, die meisten damals aufgeführten angeblich grossen Namen der Schweizer Wirtschaft sind wenig später sang- und klanglos verschwunden, oft mitsamt ihren Unternehmen. Und die Zeitschrift «Cash» existiert auch längst nicht mehr. Aber die Auns gibt es immer noch.

Grundsäulen unseres Landes in Gefahr

Die Grundsäulen der erfolgreichen Schweiz – die Eigenständigkeit, die Unabhängigkeit, der Föderalismus, die direkte Demokratie und die bewaffnete Neutralität – waren 1992 in höchster Gefahr. An der Auns-Mitgliederversammlung wurden die Aktivisten eingeschworen: «Wir müssen jetzt alle unsere Kräfte auf den Urnengang vom 6. Dezember 1992 ausrichten. Denn der EWR-Vertrag verpflichtet die Schweiz nicht nur, einen grossen Teil des heutigen, sondern vor allem auch des künftigen – heute unbekannt – EU-Rechts zu übernehmen». Es half uns, dass der Bundesrat am 18. Mai 1992 mit vier gegen drei Stimmen beschlossen hatte, in Brüssel ein Gesuch für den Beitritt der Schweiz zur EU einzureichen.

Am 6. Dezember 1992 stand das Resultat fest: Eine Mehrheit von 50,3 Prozent stimmte Nein. Mit Ausnahme beider Basel lehnten alle Deutschschweizer Kantone den EWR-Beitritt ab, bei einer sensationell hohen Stimmbeteiligung von fast 80 Prozent.

Ohne die Auns wäre dieser Grosse Erfolg niemals möglich geworden; die Schweiz wäre heute nicht nur Mitglied des EWR, sondern auch Mitglied der EU; wir Bürger hätten nichts mehr zu sagen und es ginge uns schlechter!

Das «Institutionelle Abkommen»

Der Bundesrat, die Bundesverwaltung und die grosse Mehrheit des Parlamentes konnten die Abstimmungsniederlage und das Votum der Stimmbürger jedoch kaum überwinden. Anschluss an die EU war ihr unausgesprochenes Ziel.

In grossem Stil wurden bilaterale Verhandlungen geführt, aber nicht mit der Absicht, damit die Schweiz – wie beschlossen – als selbständigen Staat ausserhalb der EU erfolgreich weiterzuentwickeln, sondern, um die Schweiz schlussendlich in die EU zu führen.

Als Verhandlungsführer wurde nicht ein entschiedener Vertreter der Schweizer Interessen gegenüber der EU bestimmt, sondern mit Staatssekretär Jakob Kellenberger ein ganz entschiedener Euro-Turbo, der die Schweiz in die EU führen wollte. So sind Guillotine-Klauseln und Verknüpfungen entstanden, welche die bilateralen Verträge praktisch unkündbar machten, so dass die Classe politique auch bereit war, dem Wunsch der EU zu einem Rahmenvertrag, d.h. einem Institutionellen Abkommen, entgegenzukommen. Doch diesmal wurden mehr Kreise hellhörig als beim EWR-Vertrag. Zudem zeigten sich schon klar die Folgen der Preisgabe der Selbstbestimmung an konkreten Politikfeldern: Die Schweiz hätte auf Lohnschutzmassnahmen sowie auf staatliche Beteiligungen von Firmen verzichten und die Bürgerrechtlinie der EU übernehmen müssen.

2021: Jahr der Unabhängigkeit

Und dann passierte, was wir nicht für möglich gehalten hätten: Der Bundesrat hat entschieden, die Verhandlungen mit der Europäischen Union über den verfehlten Rahmenvertrag abzubrechen. Mit diesem mutigen und schicksalsträchtigen Entscheid hat unsere Landesregierung die schweizerische Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verteidigt. Das erfüllt uns alle, auch mich als früheres Mitglied dieser Behörde, mit Freude, Stolz und Dankbarkeit.

Wie weiter – um zu gewinnen?

Um die Verhinderung des EU-Rahmenabkommens zu erreichen, haben wir in Ergänzung zur Auns das «Komitee EU-No» gegründet. Das Ziel war eindeutig: Kein institutionelles

Abkommen mit der EU. Die Gefahr der institutionellen Anbindung an die EU ist zwar im Moment gebannt, aber keineswegs verschwunden. **Wir haben am 26. Mai 2021 eine Schlacht gewonnen, aber noch nicht den Krieg!** Die Mehrheit der Classe politique strebt nach wie vor die automatische Rechtsübernahme, die Entscheidungsgewalt der fremden Richter und die Unterschrift unter den landesverräterischen Vertrag an. «Hütet Euch am Morgarten!» liess der Ritter von Hünenberg die Eidgenossen vor der Schlacht am Morgarten wissen. Auch wir müssen auf der Hut sein.

Konzentration der Mittel

Wie kann man einen Sieg in einer späteren Volksabstimmung erreichen? Eine Konzentration der Mittel drängt sich auf. Es ist zwingend nötig, die Abwehrkräfte zu stärken und neu zu organisieren. Ziel ist es erstens, die Auns und das EU-No-Komitee auf einen allfälligen Abstimmungskampf auszurichten, der Gewähr bietet, dass wir gewinnen. Zweitens werden wir in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe eine Fusion von Auns und EU-No prüfen, sofern dadurch die neue Organisation schlagkräftiger wird als es zwei Organisationen sind.

Auf Wunsch von EU-No bin ich bereit, diese Arbeitsgruppe zu leiten. Mit welcher Strategie, mit welchen Mitteln und welchen Personen, die neuen Funktionen am besten zu bewältigen sind, wird sich im Rahmen der Beratungen in dieser gemeinsamen Arbeitsgruppe zeigen.

Wir bleiben auf dem Posten!

Christoph Blocher

Die Lügenbolde der Nation



«Wer belogen werden will, muss nur die Zeitung aufschlagen – oder SRF schauen.» Dieser Spruch fasst den erbärmlichen Zustand der Kartellmedien treffend zusammen. Der Journalistenkodex verpflichtet zwar «zur Wahrheit ohne Rücksicht». In einer wissenschaftlichen Befragung geben aber siebzig Prozent der SRF-Journalisten offiziell an, links bis linksextrem zu sein.

Insgeheim dürfte dieser Wert noch weit höher sein. Auch private Medien sind ähnlich politisch einseitig.

Bekanntlich haben Linke einen starken Hang zum Aktivismus. Sie glauben, die Welt verändern zu müssen. Regeln und Gesetze sind dabei zweitrangig. Selbst Gewalt halten sie oft für gerechtfertigt. Dies mag auch erklären, warum die Kartellmedien linke Gewaltverbrecher immer wieder als «Aktivisten» bezeichnen. Für die Gutmenschen steht halt die «gute» Sache absolut im Vordergrund. Sprechen die Fakten gegen deren Weltbild, wird die Wahrheit zum Feind. Die Journalisten biegen die Realität gemäss ihren politischen Ansichten zurecht.

Mit ihrer Reichweite verfügen die Kartellmedien über eine gewaltige Macht. Sie setzen linke Themen wie den «Frauenstreik» oder die Klimahysterie. Sie bestimmen zu einem

Hinter feindlichen Linien

grossen Teil die politische Agenda. Schlussendlich sind also nicht die linken Parteien die Hauptfeinde einer freiheitlichen Gesellschaft, sondern es sind die linken Wahlkämpfer in den Redaktionsstuben vom Tages-Anzeiger bis SRF. Stirbt die Wahrheit, stirbt die Demokratie.

Unserem Land fehlt eine rechtsgerichtete Tageszeitung mit nationaler Bedeutung. Wochenmagazine wie die «Weltwoche» oder die «Schweizerzeit» leisten einen wichtigen Beitrag. Auch der informelle Austausch auf den sozialen Medien ist wichtig. Aber das reicht nicht, um gegen das Heer von linken Schreiberlingen anzukämpfen, die tagtäglich ihre Lügen und Halbwahrheiten unters Volk bringen.

Was können wir unterdessen tun? Jeder von uns kann sich besser vernetzen. Uns auf den sozialen Medien aktiver beteiligen. In Aktionsbündnissen oder freiheitlichen Parteien mitmachen. Wir sind nicht hilflos. Die historische Ablehnung des missratenen CO₂-Gesetzes zeigt, dass die Schweizer Bevölkerung immer noch widerstandsfähig ist.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Ohne Wehrhaftigkeit keine Souveränität

Freiheit und Wohlstand dank Demokratie und Marktwirtschaft

von Thilo Sarrazin, Journalist und Buchautor, ehem. Finanzsenator von Berlin

Ich verfolge die Bemühungen der Schweiz, bei aller Weltoffenheit als kleines Land doch einen sehr eigenständigen Kurs zu steuern, seit Jahrzehnten mit grosser Sympathie. Seit den sechziger Jahren, als meine Familie regelmässig ihre Skiferien im Oberwallis verbrachte, habe ich das Geschehen in Ihrem Land genau verfolgt. Ich habe gelernt, dass auch in der Schweiz nicht immer eitel Harmonie herrschte.



Es ging um den Streit der Konfessionen, um geistige und weltliche Macht, um den Gegensatz von Stadt und Land. Auch in der Schweiz galt Schillers Wort: «Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.» Erst als Napoleon kam und eine regionale Neuordnung schuf, wurde der Boden bereitet für die

moderne Schweiz, die sich treffend als «Willensnation» bezeichnet.

Längere Arbeitszeiten, eigene Währung

Als in Deutschland von 2003 bis 2005 die «Reformen des Arbeitsmarktes» heftig diskutiert wurden, interessierte ich mich dafür, wie die Schweizer zu ihrer niedrigen Arbeitslosigkeit und ihren hohen Einkommen kommen. Mein Befund: Im Verhältnis zur erwerbsfähigen Bevölkerung gab es in der Schweiz mehr Arbeitskräfte, und diese arbeiteten durchschnittlich länger. Das Geheimnis des Schweizer Wohlstands lag also schlicht in «mehr Arbeit» – und in einem relativ schlanken Sozial- und Rechtssystem.

Auch das beharrliche Festhalten an der eigenen Währung zählt zu den Schweizer Erfolgsgeheimnissen. Die ständige Aufwertung des Frankens hat der Schweizer Wirtschaft nicht geschadet, sondern sie frisch und fit gehalten. Deutschland dagegen liefert, eingezwängt in die Euro-Währungszone, seine hochwertigen Waren durchwegs zu billig ins Ausland. Deutschland hat zumindest bei der Währung seine Souveränität verloren. Die Schweiz hat sie gewahrt, und das ist jetzt ihr Vorteil.

Neutralität und Souveränität

Bei allen grossen europäischen Auseinandersetzungen, die nach der Gründung des Schweizer Bundesstaates 1848 stattfanden – der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, der Erste und Zweite Weltkrieg, später der Kalte Krieg – wurde die Neutralität der Schweiz

durch ihre Randlage zwischen dem deutschen und dem französischen Machtbereich erleichtert und gefördert. Die Neutralität war eine Rezeptur, die in den Verwicklungen des 20. Jahrhunderts wunderbar zur Schweiz passte, aber eben nur dort. Es ist das Privileg und das Risiko von Staaten und Nationen, sich für ihren Weg durch die Geschichte zu entscheiden. Es bleibt ihnen aber auch nicht erspart, mit den Konsequenzen ihrer Entscheidung zu leben.

Die Geschichte zeigt eindeutig, dass Freiheit, Wohlstand und ganz allgemein menschliches Wohlergehen am besten gedeihen bei einer Kombination von Demokratie, Gewaltenteilung und Marktwirtschaft. Die Geschichte zeigt aber auch, dass wir andern Staaten und Völkern nicht einfach jenes Modell aufzwingen können, das wir selbst für das beste halten. Alles, was dauerhaft funktionieren soll, muss von innen aus einer Gesellschaft wachsen.

Der Westen hat dies immer wieder missverstanden. So scheiterten seine Interventionen von Vietnam bis Afghanistan. Auch die Interventionen der untergegangenen Sowjetunion sind allesamt gescheitert. Die aktuellen Ereignisse in Afghanistan zeigen in bestürzender Anschaulichkeit, dass der Respekt vor der Souveränität fremder Länder oft auch dort die bessere Lösung ist, wo man die inneren Verhältnisse abscheulich findet.

Zwanzig Jahre lang gelang es dem Westen in Afghanistan nicht, eine verlässliche prowestliche Führungsschicht aufzubauen, welche die künftigen Geschicke des Landes in eigene Hände nehmen konnte und wollte. So war der Abzug am Ende unvermeidlich. Und als schwachsinnig erwies sich die Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD): «Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.» Deutschlands Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt, sondern ausschliesslich in Europa. Interventionen in die inneren Angelegenheiten fremder Völker sollten strikte unterbleiben – ausser sie dienen unmittelbar der Selbstverteidigung. Parlamentarische Demokratie und das westliche Verständnis von Frei-

heit lassen sich anderen Völkern und Kulturen nicht von aussen aufdrücken.

Der Erste Weltkrieg – die Urkatastrophe Europas

Ich bin in den letzten vierzig Jahren zu einem strikten Interventions-Skeptiker geworden. Schauen wir uns die Urkatastrophe Europas an, den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, und die unglückliche Rolle, die Deutschland dabei spielte. Das Kaiserreich Deutschland hätte im Juli 1914 dem Kaiserreich Österreich-Ungarn deutlich machen müssen, dass es trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers eine militärische Intervention in Serbien nicht unterstützen werde. Was wären die Folgen gewesen? Deutschland würde heute noch – genau wie die Schweiz – in den Grenzen von 1914 bestehen. Und noch wichtiger: Die russische Revolution wäre ausgefallen. Kommunismus und Stalin-Terror hätte sich in dieser Form nicht verbreiten können. Und das Allerwichtigste. Ein Gefreiter aus Österreich, der im Ersten Weltkrieg in der Bayerischen Armee gedient hatte, wäre niemals deutscher Reichskanzler geworden.

Zu klein für «Versuchungen»

Historisch bedingt hatte die Schweiz nie die Versuchungen und die damit verbundenen Gefährdungen, denen Deutschland ausgesetzt war. Die Schweiz war stets zu klein, um militärisch jenseits ihres historischen Einzugsbereichs zu agieren. Deutschland dagegen wurde immer wieder geplagt durch Anfälle von Grössenwahn, die zu Abenteuern einluden. Spätestens seit der Reicheinigung 1871 war es ein deutsches Problem, dass das Land zu klein für eine Weltmacht, aber zu gross und zu mächtig für Europa war. Darum war es nach dem Zweiten Weltkrieg richtig, Deutschland in eine internationale Sicherheitsarchitektur einzubinden, für die heute die Nato steht. Und es war richtig, 1957 mit den Römischen Verträgen einen gemeinsamen Markt mit gemeinsamen Regeln für einen fairen marktwirtschaftlichen Wettbewerb in einer Zollunion zu schaffen.

Irrweg der europäischen Idee nach 1957

Das Europa der Sechs, die ursprüngliche EWG, umfasste ziemlich genau das Staatsgebiet des fränkischen Reiches unter Karl dem Großen im Jahr 800, dem Zeit-

punkt der Kaiserkrönung. Genau in dieser historischen und kulturellen Kontinuität schien damals die Integration Kerneuropas zu einer neuen staatlichen Einheit möglich. Charles de Gaulle wollte diesen Weg aber nicht gehen, und so kam es zunächst (statt zu einer Vertiefung in mehreren Stufen) zu einer Erweiterung der EWG, die in EG und schließlich in EU umgetauft wurde. Unterstützt durch die integrationsfreundliche Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, zog die EU im Lauf der Jahrzehnte immer weitere Zuständigkeiten an sich – das freie Niederlassungsrecht für alle EUBürger, die Abschaffung der Grenzkontrollen und die Einführung des Euro als gemeinsame Währung.

Hier begannen sich aber erste Bruchlinien abzuzeichnen: Großbritannien machte bei der Einführung des Euro nicht mit. Und spätestens mit der Migrationskrise 2015 wurde deutlich, dass der gemeinsame Schengenraum ohne eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik nicht funktionieren kann. Sehr unterschiedliche Auffassungen gibt es auch im Klimabereich. In diese Unsicherheiten hinein wirkte der Anfang 2021 vollzogene Austritt Grossbritanniens aus der EU wie ein Donnerschlag. Bislang hat der Austritt den Briten wirtschaftlich nicht geschadet – im Gegenteil.

Entscheidend ist, dass es jetzt in Europa mit Grossbritannien neben der Schweiz noch ein weiteres demokratisches Gegenmodell für einen erfolgreichen Industriestaat gibt, der sich der supranationalen Einbindung entzieht. Sie liefern die Benchmarks, an denen sich die EU künftig messen lassen muss – in den Bereichen Umweltschutz, Klimapolitik, Wirtschaftswachstum, Wohlstand, Forschungsleistung etc.

Der Wettbewerb entscheidet

International gibt es überhaupt keinen Hinweis darauf, dass die Grösse eines Staates als solche ein Trumpf sein kann. Schauen wir in den Fernen Osten: China ist ohne Frage erfolgreich, gross und stark. Aber die gleichfalls von fernöstlichem Fleiss und Bildungseifer geprägten Länder wie Taiwan, Singapur, Südkorea oder Japan sind bezüglich Produktivität, Wohlstand und Demokratie dem mächtigen China nach wie vor weit voraus. Es ist wie in der Unternehmenswelt: Nicht die grössten Unternehmen gewinnen den Markt, sondern die besten.

Lassen wir doch den Wettbewerb entscheiden, und lassen wir nicht zu, dass die Kleinen sich von den Grossen erpressen lassen! In zehn Jahren wird man sehen, welchen Erfolg die Schweiz und Deutschland bei der Reduktion der Klimagase hatten und in welchem Masse es dabei gelungen ist, die heimische Industrie zu schützen und zu transformieren.

Fazit: Souveränität ist schwer zu erwerben aber rasch verloren. Bleiben Sie dabei!

Thilo Sarrazin



Leitbilder aus der Kunst als Kontrapunkt zur LGBTQ+-Kampagne «Ehe für alle»

hf. Immer wieder erscheinen insbesondere im «Tagesanzeiger» (u.a. am 18.8.2021) Bilder und Beiträge, welche die verdrehte «LGBTQ+-Welt» bzw. die «Ehe für alle» als wahre Lebensform propagieren und verherrlichen. Offensichtlich geht es der TA-Redaktion darum, mit diesen stets bestplatzierten «LGBTQ+»-Bildern die in unserer Bevölkerung verankerten Leitbilder von «Mann und Frau» durch aktuelle Darstellungen zu überlagern, welche das «LGBTQ+-Milieu» der Gutmenschen als die neue Normalität darstellen. Man erachtet es in diesen Kreisen scheinbar als die einzige Möglichkeit, die «Ehe für alle»-Abstimmung vom 23. September zu gewinnen. Und ein Sieg bei dieser Abstimmung wird als Türöffner für weitere «progressive Erfolge» gewertet: Man hofft im LGBTQ+-Milieu und in den gleichgesinnten Medien, dass – wenn einmal das Tabu «Ehe nur zwischen Mann und Frau» gebrochen sei – automatisch weitere Tabus wie Landesvereidigung, Neutralität, direkte Demokratie und fremde Richter fallen würden. Dies umso mehr, als diese Begriffe dem Normalbürger nicht so nahe stünden wie seine ureigene persönliche, in seiner Ehe verankerte Existenz.

Unser langjähriger Abonnent und gelegentlicher Autor Jürg Lindecker aus Greifensee hat uns in diesem Zusammenhang einige markante Bilder und Skulpturen aus der Kunst zugesandt, welche die Ehe und die Liebe zwischen Mann und Frau darstellen – als



Auguste Rodin «Der Kuss»

Gegensatz zur LGBTQ+-Philosophie. Wir haben die weltberühmte Skulptur «Der Kuss» von Auguste Rodin (1840–1917) ausgewählt. Rodin setzt damit einen überzeugenden Kontrapunkt zur «Ehe für alle», der keiner weiteren Erklärungen bedarf.

99%-Initiative



Eine ungleiche Vermögensverteilung gilt vielen als unanständig und gar skandalös. Im Abstimmungskampf werden jedoch auch von den Gegnern der linken Initiative die stärksten und nachhaltigsten «Treiber ungleicher Vermögensverteilung» vergessen, als würden auch sie sich ihrer schämen – nämlich erfolgreiche Grossindustrielle und -unternehmer.

Ein Beispiel: Ein besonderes Hass- und Neidobjekt der Schweizer Linken ist die erfolgreiche Unternehmerfamilie Blocher. Vor 65 Jahren war ihr Gründervater, alt Bundesrat Christoph Blocher, ein armer Bauernlehrling. Heute soll das «Familienvermögen» zwanzig Milliarden Franken betragen. Woher kommt es und woraus besteht es? Ist es womöglich gestohlen?

Natürlich nicht. Industrielle Grossvermögen entstehen, wenn Unternehmen gut geführt werden und der

Grossteil ihrer Gewinne reinvestiert wird. So steigt der innere Wert und damit die Börsenkaptalisierung. Der Hauptteil solcher Grossvermögen besteht aus gebundenem Betriebs- und Anlagevermögen – nicht aus Diamanten, Yachten, Pelzmänteln, Schlössern und Rennpferden. Zulieferer, Beschäftigte und der Staat als Steuervogt und Umverteiler profitieren enorm davon.

Ein anderer sehr erfolgreicher Industrieller, Alfred Schindler, hat im Zusammenhang mit der seinerzeit von alt Bundesrat Merz vertretenen Steuervorlage vorgerechnet, dass er von einem ursprünglich verdienten Franken 78 Rappen Steuern bezahlt. Seinesgleichen bezahlten und bezahlen mit Abstand am meisten Steuern, weil sie superreich sind. Ungleiche Vermögensverteilung ist daher kein Skandal – sondern funktionierender Kapitalismus und Voraussetzung für hohe Steuereinnahmen, welche allen zugutekommen und die andern Steuerzahler entlasten.

Wer will solche Steuerzahler ernsthaft vertreiben?

Markus Eckstein, Goldach SG



Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 22)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Leider geht die Abstimmung vom 24. November 2002 über unsere Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» knapp verloren. Das Ständemehr ist mit 12 ½ zu 10 ½ Kantonen zwar erreicht, aber mit einem Zufallsmehr von 50,1 zu 49,9 Prozent verfehlen wir das Volksmehr äusserst knapp.

Dennoch ist das Resultat in Anbetracht der gewaltigen Propagandawalze der vereinigten Gegnerschaft eine Sensation, und es löst in Bundesbern ein leichteres politisches Erdbeben aus: Man muss dort zur Kenntnis nehmen, dass die Mehrheit der Kantone und die Hälfte der Bevölkerung dem Bundesrat und der classe politique in der Asylpolitik nicht mehr folgen. Die schweren Missstände im Asylbereich können vom Bundesrat nicht länger schöngeredet werden. Massnahmen sind unausweichlich.

Die Gegner haben die knappe Ablehnung bewirkt mit der absurden Behauptung, die Initiative sei «undurchführbar» und breche mit der Asyltradition unseres Landes. Von allen Initiativ-Gegnern ist der Missbrauch des Asylrechts jedoch anerkannt worden, und sie beteuern am Abstimmungssonntag, auch sie wollten Abhilfe schaffen. Die zuständige **Bundesrätin Ruth Metzler** betont, sie werde die Ängste in der Bevölkerung «noch

Ein kleiner Exkurs zu Bundesrätin Ruth Metzler, im Amt von 1999–2003, die ihre Sache nicht schlecht gemacht hat. Dennoch wird sie 2003 durch eine schmutzige Intrige innerhalb ihrer eigenen CVP (heute «Die Mitte») abgewählt. Rädelsführer sind (nach dem Motto «Feind-Todfeind-Parteifreund») insbesondere ihre «Parteifreunde» Bundesrat Joseph Deiss («der Mann ohne Schatten»), der damalige Fraktionschef Jean-Michel Cina und Parteipräsident Philipp Stähelin. Sie opfern mit ihrem Hintertreppen-Dreckspiel ihre eigene Bundesrätin zugunsten von Deiss. Gleichzeitig beteuern sie Ruth Metzler bis zum letzten Moment ihre Unterstützung. Im Nachhinein wird vor allem von linker Seite die Mär aufgetischt, die SVP habe Ruth Metzler die Unterstützung versagt. Tatsache ist, dass wir sie – wie auch Christoph Blocher, der bekanntlich 2003 gewählt wurde – voll unterstützt haben. Im Regen stehen lassen (man kann es auch härter sagen) haben sie ausgerechnet die linken Feministinnen und – wie erwähnt – die eigene Parteispitze. (Vielleicht ist es nur folgerichtig, dass die CVP das «C» inzwischen über Bord geworfen und zur «Mitte» mutiert ist, wo offenbar alles möglich und erlaubt ist.)

ernster» nehmen und verspricht eine Asylgesetz-Revision «mit Zähnen».

Zurück zur Asylsituation. Wir von der Auns und der SVP fordern eine konsequente Drittstaatenregelung (auf Gesuche von Asylanten, die bereits in einem verfolgungssicheren Drittstaat ein Gesuch gestellt haben oder hätten stellen können, wird nicht eingetreten), verschärfte Grenzkontrollen, reduzierte Fürsorgeleistungen sowie Sanktionen gegen Leute, die unser Asylrecht verletzen. Die viel zu hohe Attraktivität unseres Landes für Asylmissbraucher muss auf den Stand unserer Nachbarländer gesenkt werden. In diesem Sinn führen wir den Kampf gegen den Asylmissbrauch konsequent weiter – zugunsten jener, die wirklich an Leib und Leben bedroht sind.

Am 2. Dezember 2002 stelle ich in der nationalrätlichen Fragestunde unter dem Titel «Bosnien- und Kosovo-Rückkehrer wieder in der Schweiz?» die folgende Frage:

Im Vorfeld der Abstimmung über die Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» vom 24.11.2002 haben Bundesrätin Metzler und Jean-Daniel Gerber, Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge (heute Staatssekretariat für Migration) die Rückführung der Kriegsflüchtlinge insbesondere aus Kosovo als «Grosserfolg» gerühmt.



Wie man eine Rückkehrquote von (angeblich) 42'000 Personen bei 65'000 Rückkehrpflichtigen als «Grosserfolg» bezeichnen kann, ist schleierhaft. Dies umso mehr als Ex-Jugoslawien seit Jahren verfolgungssicher ist und jeder Rückkehrer mit Tausenden von Franken «vergoldet» wird. Nun höre ich aus zuverlässigen Quellen, dass von den «Kosovo-Rückkehrern» mindestens die Hälfte wieder in der Schweiz ist. Frage: Trifft dieser Tatbestand zu? Wie viele Rückkehrer sind es genau? Warum wird die Öffentlichkeit nicht informiert?

Die (Nicht-) Antwort aus dem Bundeshaus lautet: «In den Empfangsstellen des Bundes werden alle Asylsuchenden registriert und erkennungsdienstlich behandelt. Mit den Fingerabdrücken kann jedes Zweitgesuch

sofort festgestellt werden. Die Wiedereingliederung der (Kosovo-) Kriegsvertriebenen verlief sehr erfolgreich. Nur 199 Personen oder 0,6 Prozent sind wieder in die Schweiz eingereist.»

Mein Kommentar: Natürlich melden sich Kosovaren, die illegal wieder eingereist sind, kaum auf den Empfangsstellen, um «erkennungsdienstlich» erfasst zu werden. Sie tauchen als «Papierlose» unter oder sind im Drogenhandel oder anderweitig «tätig».

*

Am 6. Dezember 2002 darf die Auns, die im Vorfeld des 6. Dezember 1992 den Hauptkampf gegen den EWR/EU-Beitritt geführt hat, nach 10 Jahren feststellen: **Der 6. Dezember 1992 war ein Glückstag für die Schweiz.**

Dies aus den folgenden Gründen: 1. Der bereits anvisierte EU-Beitritt wurde verhindert. 2. Der unwürdige EWR-Kolonialvertrag, der uns verpflichtet hätte, über 80 Prozent des bestehenden und auch künftiges noch unbekanntes EU-Recht zu übernehmen, ist vom Tisch. 3. Die Schweiz hat ihren Wohlstand gerade ausserhalb von EWR und EU behauptet. 4. Die vormals EU-begeisterte Wirtschaft hat mittlerweile erkannt, dass die unabhängige Schweiz ein Erfolgsmodell ist. 5. Die apokalyptischen Voraussagen über eine Schweiz ohne EWR haben sich als gigantische Fehlprognosen erwiesen.

Gleichzeitig müssen wir damals (Ende 2002) aber feststellen: Gegen den Willen des Volkes und gegen alle staatspolitische und volkswirtschaftliche Vernunft

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 30.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Staatliche Kunstförderung

Man fragt sich manchmal leicht beklommen:
Werd' ich da auf den Arm genommen?
Wird mir hier etwas vorgegaukelt
und werde ich vom Staat verschaukelt?
Nein! Kunst ist, was er ungeniert
mit meinem Geld als Kunst prämiert.

halten der Bundesrat und die SP, FDP und CVP am Ziel einer EU-Mitgliedschaft fest. Das Vorpreschen in der Beitrittsfrage hat die Position der Schweiz in den bilateralen Verhandlungen enorm geschwächt und wird uns auch bei künftigen Verhandlungen schwächen.

Auns-Präsident Christoph Blocher zieht in einem Zeitungsartikel am 6.12.2002 die folgende Bilanz: «Ausserpolitischer Aktivismus ist immer auch ein Zeichen innenpolitischen Versagens. Statt ihre Inkompetenz nach Brüssel zu delegieren, sollte unsere politische »Elite« hier und heute für ihr Versagen zur Verantwortung gezogen werden.» Wie Recht er doch hat!

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Sonntag, 12. September 2021, 10.30 Uhr – 16.00 Uhr

Let's talk about – Jugend-Forum auf der Aare!

On Board: Badehose statt Krawatte!

Mit a. NR Oskar Freysinger, NR Lukas Reimann und
NR Monika Rüeegg
Treffpunkt am Hauptbahnhof Thun/BE
Veranstalterin: Auns strong & free

Dienstag, 14. September 2021, 19.30 Uhr

Ja zur Schweiz

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer, Schweizerzeit

Restaurant Allmendhuisli, Ennetbürgerstrasse 5, 6370 Stans/NW

Mittwoch, 22. September 2021

Tagesausflug in die Schweizergeschichte

Morgarten – Schwyz – Altdorf – Silenen – Teufelsbrücke

Führungen: Jürg Stüssi-Lauterburg, Historiker

Informationen und Anmeldung: www.schweizerzeit.ch

Samstag, 2. Oktober 2021, 09.00 – 12.15 Uhr

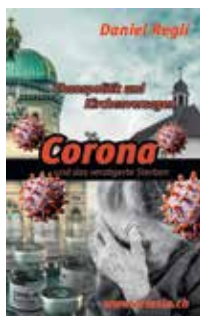
Wer macht KMU-Politik?

Referate: NR Magdalena Martullo-Blocher, Peter und Dominik Uhlmann, Hans Gattlen, Rudi Bindella jr., Peter Gisler, KR Benjamin Fischer und Marcel Suter; Moderation: Wolfram Kuoni
Optimo Group, Im Link 62, 8404 Winterthur, PP vorhanden

Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch, Tel. 044 217 77 66

Büchertisch

BESTSELLER



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.50



Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

Dr. C.E. Nyder

Das Buch beleuchtet, was Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» anvisiert: Im Namen der international tonangebenden Classe politique, eng vernetzt mit der Funktionärselite internationaler Organisationen, wird die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie Schritt für Schritt umgesetzt.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25



«Wir schaffen das»

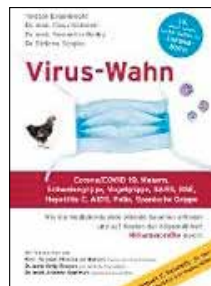
Erläuterungen zum politischen Wunschenken

Thilo Sarrazin

Eine schonungslose Abrechnung mit all den Anpassungen, die Angela Merkel als Kanzlerin dem zuvor freiheitlichen Deutschland verordnet hat. Ein wegweisendes Buch

LMV, München 2021, 179 S., geb., (Richtpreis Fr. 26.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 24.20

AKTUELL



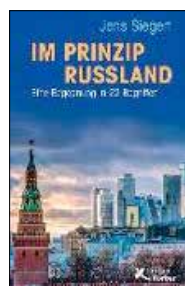
Virus-Wahn

Corona/Covid-19, Masern, Schweinegrippe, ...

Torsten Engelbrecht, Dr. med. Claus Köhnlein, Dr. med. Samantha Bailey, Dr. Stefano Scoglio

Dieser bereits in zehnter Auflage erscheinende Bestseller analysiert eine als Seuchen-Politik erkannte Erscheinung, die mittels Verbreitung von Angst weitestgehende Lenkung selbst freiheitlicher Staaten durchsetzt. Aktuell und lesenswert.

Emu Verlag 2021, 2'519 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25



Im Prinzip Russland

Eine Begegnung in 22 Begriffen

Jens Siegert

Russland wird – nicht selten mit eher feindseligem Unterton – laufend thematisiert. Ein neues Buch versucht, durch zweiundanzig sorgfältig erklärte Eigenheiten Russlands sozusagen ins Wesen dieses riesigen Landes vorzudringen.

Edition Körber, Hamburg 2021, 228 S., brosch., (Richtpreis. Fr. 26.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 24.20

SCHWEIZ



Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz

Geschichte der freiheitlich-demokratischen Wirtschaftsverfassung der Schweiz

Werner Wüthrich

Eine umfassende, sehr sorgfältig gestaltete Studie über die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz, beginnend mit der Vorgeschichte zur Schaffung des Bundesstaats 1848. Umfassend ausgestaltet, eigenständig und überzeugend kommentiert.

Verlag Zeit-Fragen, Zürich 2020, 397 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 36.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 32.40

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

**Die Verlobung des Monsieur Hire**

Georges Simenon

Einer der bekanntesten Nicht-Maigret-Romane des belgischen Bestseller-Autors. Simenon beschreibt in seiner ihm eigenen Eindringlichkeit, wie ein Aussenseiter Schritt für Schritt in ein Verhängnis eingesponnen wird, aus dem es von Anfang an kein Entrinnen gibt. Ein an sich harmloser Mensch, dessen Vorleben nicht eindeutig bekannt wird, wird eingekreist von Vorwürfen zu möglicherweise teilweise begangenen oder aber nicht begangenen Taten.

Entspannend für all die, die sich einmal für einige Stunden von bedrängender Politik befreien wollen.

Audio-Verlag, Berlin 2020 (Buch: Kampa Verlag, Zürich), 4 CDs mit Booklet, Laufzeit 252 Minuten, gelesen von Benno Fürmann. (Richtpreis Fr. 30.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.80

Hörbücher: Bereichernde Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN

**Der deutsche Untertan**

Vom Verlust des eigenen Denkens

Josef Kraus

Ein höchst aktuelles, beim Leser erhebliche Beklemmung hinterlassendes Buch: Unverständlich, wie sich Deutschland von der Machtmanagerin Angela Merkel aufs Abstellgleis uferloser finanzieller Belastung und Aushöhlung freier Meinungsäusserung lenken liess. Der Autor, früher profiliert Präsident des deutschen Lehrerverbands, konservativer Kommentator, beklagt das viel zu bereitwillige Untertanengehabe, das in Deutschland um sich greift.

Wer die Krise unserer Zeit verstehen und durchschauen will, muss dieses Buch lesen.

us

Josef Kraus: «Der deutsche Untertan – Vom Verlust des eigenen Denkens». LangenMüller, München 2021, 351 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.50)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben **à Fr. 13.50**
 Dr. C.E. Nyder – Great Reset **à Fr. 29.25**
 Thilo Sarrazin – «Wir schaffen das» **à Fr. 24.20**

Aktuell

- T. Engelbrecht ... – Virus-Wahn **à Fr. 29.25**
 Jens Siegert – Im Prinzip Russland **à Fr. 24.20**

Schweiz

- Werner Wüthrich – Wirtschaft und direkte ... **à Fr. 32.40**

Hörbuch

- Georges Simenon – Die Verlobung des ... **à Fr. 27.80**

Buchzeichen

- Josef Kraus – Der deutsche Untertan **à Fr. 29.25**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(17/10.09.2021)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 10. September 2021

Magazin

Jung und konservativ – ein Widerspruch?

Ulrich Schlüer im Gespräch mit David Trachsel,
Präsident Junge SVP Schweiz

Freitag, 17. September 2021

Magazin

Vom Hardliner zum Corona-Krisenmanager

Hermann Lei im Gespräch mit Regierungsrat Urs Martin



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

24. September 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann,
Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzi,
Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring,
Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Maximale Spaltung abwenden

Wird Covid-19 endgültig zum Auslöser einer maximalen Spaltung der Gesellschaft, die vor ein bis zwei Jahren noch undenkbar gewesen wäre? Vieles deutet darauf hin, dass die Zertifikatspflicht ausgeweitet wird und dass Restaurants nur noch besuchen darf, wer sich dem «G-G-G-Diktat» (Covid-Zertifikat mit Prädikaten geimpft, genesen, getestet) unterwirft. Auf «... dass niemand kaufen oder verkaufen kann, er habe denn das Malzeichen, nämlich den Namen des Tiers oder die Zahl seines Namens.» So steht es in der Johannes-Offenbarung 13:17.

Der Staat kann noch so viele Impfkampagnen starten – ein stabiler Prozentsatz der Bevölkerung wird sich nie freiwillig impfen lassen. Umso unverantwortlicher ist es, wie einige Mainstream-Medien die Konflikte schüren und Geimpfte gegen Ungeimpfte auszuspielen. Im Alltag spitzt sich die Lage zu: Die beiden Lager begegnen sich teils mit offenem Hass und schieben sich gegenseitig die Schuld dafür zu, dass die Corona-Massnahmen nie aufzuhören scheinen.

Die neuste Sau, die durch die Gasse gejagt wird, sind die Albaner. Der Kanton Zürich entzog dem sogenannten «Alba-Festival» die Bewilligung, und der albanisch-stämmige Captain der

Fussball-Nationalmannschaft, Granit Xhaka, wird als «schlechtes Vorbild» attackiert, weil er sein Recht wahrnimmt, sich nicht impfen zu lassen. Die Albaner als neue Sündenböcke – gerade auch, weil der Verdacht im Raum steht, viele von ihnen hätten Corona aus ihren Balkan-Ferien in die Schweiz eingeschleppt?

Erst waren es die Senioren, die sich nicht zuhause einsperren liessen, dann die Jungen und nun die Albaner. Wenn wir anfangen, einzelne Alters- und Volksgruppen gegeneinander auszuspielen, bewegen wir uns auf ganz heiklem Terrain. Die Krise darf nicht dazu führen, uns für Entwicklungen gegenseitig die Schuld zu geben, die wir nicht beeinflussen können. Corona ist eine Realität und lässt sich nicht ausrotten, wenn wir uns alle gegenseitig verrückt machen.

Fragwürdig ist in diesem Zusammenhang viel eher der Umstand, dass das Alba-Festival nicht stattfinden durfte, dafür die «Pride» mit über 20'000 Teilnehmern über die Bühne gehen durfte. Political Correctness und Zeitgeist über alles? Die Verantwortlichen des Kantons Zürich sind uns ein paar Antworten schuldig.

Anian Liebrand